

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 20

12.05. bis 18.05.2025

Geplante Gärtnereierweiterung stößt in Reith auf Unmut

15. Mai 2025, 13:35 Uhr



4
Bilder

Auf dieser Wiese in Reith im Alpbachtal will eine Brixlegger Gärtnerei erweitern. Das freut nicht alle. Foto: Barbara Fluckinger
hochgeladen von [Barbara Fluckinger](#)

Anrainer sind gegen eine Betriebserweiterung mit Folientunnel, weil die dortige Fläche im Wasserschutzgebiet liegt. Der Gärtnereihaber betont, dass es sich um einen biologischen Anbau handelt und damit keine Gefahr fürs Wasser bestehe.

REITH IM ALPBACHTAL. Wer von der B171 in Brixlegg kurz vor dem Matzenpark rechts abbiegt, quert gleich danach die Gemeindegrenze von Brixlegg hin zu Reith im Alpbachtal. Die kleine Straße im Ortsteil Weng führt letztendlich in eine Sackgasse.

Umwidmung für Gärtnereiausbau

Der Blick, der sich dem Verkehrsteilnehmer eröffnet, zeigt ein Wohngebiet – im Zentrum eine 4.000 m² große Wiese, auf der derzeit teilweise Schafe weiden. Die Wiese war bislang Freiland. Das könnte sich nun aber bald ändern.

Eine Gärtnerei, die gleich daneben über der Gemeindegrenze in Brixlegg liegt, will den Betrieb auf diesem, von ihr gepachteten Freiland erweitern. Der Reither Gemeinderat hat bereits mehrheitlich für eine Umwidmung der Wiese in eine Sonderfläche für den Ausbau der Gärtnerei gestimmt. Jetzt liegt die Sache und Entscheidung beim Land Tirol.

Wiese ist im Wasserschutzgebiet

Sehr zum Unmut der Anrainerinnen und Anrainer. Für sie ist die Zustimmung des Gemeinderats zum Vorhaben aus mehreren Gründen unverständlich. "Dieses Projekt 'Folientunnel' wird just dorthin platziert, wo wir seit 1989 die schützende Hand des Landes Tirol drauf haben", erklärt Anrainer Bernhard Jochum. Die Fläche liegt nämlich inmitten einer gesetzlich verordneten Wasserschutzzone, an deren strenge Vorgaben sich auch die Anrainer halten müssen. "Wir haben sehr spezielle Auflagen zu erfüllen: Zum Beispiel müssen die ganzen Dach-Regenwässer in einen speziellen Kanal abgeleitet werden", so Jochum. Auch Autos dürfen auf dieser Fläche nicht gewaschen werden.



Die Wiese ist rund 4.000 m² groß. Sie wurde im Reither Gemeinderat bereits für die Erweiterung umgewidmet.

Foto: Barbara Fluckinger hochgeladen von [Barbara Fluckinger](#)

Biologischer Anbau & geschlossener Kreislauf

Was die Bedenken wegen des Trinkwassers angeht, betont Schießling, dass er die Produktion im Bereich des biologischen Anbaus und für Schnittblumen erweitern möchte – dies alles für den Eigenbedarf und für das eigene Geschäft. "Es wird ein Biobetrieb, deswegen sehe ich in keins-ter Weise eine Schädigung des Grundwassers. (...) Außerdem ist das natürlich ein geschlossenes Wassersystem", sagt Schießling. Das Wasser werde dabei aufgefangen und teilweise wiederverwertet. Zudem gebe es strenge Vorlagen und Vorgaben, die er im Gärtnereibetrieb einhalten müsse.

Seitens der Gemeinde Reith im Alpbachtal betont man, dass unabhängige Sachverständige beauftragt wurden, um alle Punkte der einge-brachten Stellungnahmen der Anrainer zu prüfen. "Natürlich wurde auch zum Thema Wasserschutzgebiet Stellung genommen und auf geltende Bestimmungen bzw. Auflagen für Bauten in diesem Bereich verwiesen", erklärt die Amtsleitung der Gemeinde.

Frage, ob Standort richtig

"Die Frage ist, ob der Standort hier richtig ist", erklärt Markus Sint von der Liste Fritz, die sich nach einem Hilferuf der Anrainer für deren Anliegen einsetzt. Die Liste Fritz sieht kein öffentliches Interesse und fordert ein Überdenken des Ausbaus: „Die Raumordnung soll Nutzungskonflikte verhindern und nicht neue schaffen. Der Ausbau passt hier nicht hin, dafür gibt es kein öffentliches Interesse, das es bei der Änderung des Raumordnungskonzeptes aber zwingend braucht. Drei Mitarbeiter und ein paar tausend Euro Kommunalsteuer mehr wiegen die vielen Nachteile und Belastungen für die Anrainer nicht auf“, warnen Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint und Landtagsabgeordnete Gabi Madersbacher.

Gärtnerei: Ist offene Kulturschutzanlage

Michael Schießling, Inhaber der Gärtnerei Blumenhaus Schießling, betont im Gespräch mit MEINBEZIRK KUFSTEIN, dass er bis zu einem gewissen Grad verstehe, dass die Anrainer lieber eine freie Wiese vor ihren Häusern hätten. Er möchte mit den Bewohnern gut auskommen und ihre Bedenken zerstreuen.

Der Gärtnereibetrieb wird in vierter Generation betrieben, ist über 100 Jahre alt und wächst stetig. Deswegen will Inhaber Schießling erweitern. Geplant sind auf der gepachteten Wiese eine Kulturschutzanlage (Folientunnel) und ein Freilandhaus. Diese seien bis auf zwei Monate im Frühjahr, in denen sie geschlossen sind, immer offen und – abgesehen vom Metallgerüst – "durchsichtig", erklärt Schießling.

Nicht mehr Lkw

Auch was den Verkehr angeht, gibt es laut Schießling durch die Erweiterung keine Mehrbelastung. Für den Betrieb sei nur rund zehnmal im Jahr eine Lkw-Anlieferung vorgesehen. Dass kein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten ist, bestätigt auch die Gemeinde auf Anfrage von MEIN-BEZIRK.

Lkw werden laut Schießling künftig nur in den Gärtnerei-Grund einfahren, ausladen und dann wieder vorwärts hinausfahren, "sodass keine Behinderung für die Anrainer entsteht", sagt der Gärtnereibehalter. Es gebe auch keinen Wendeplatz bei der Straße vor den Häusern der Anrainer.



LA Gabi Madersbacher und Klubobmann Markus Sint (beide Liste Fritz) unterstützen die Anrainer Bernhard Jochum und Werner Summerer (v.l.).

Foto: Barbara Fluckinger hochgeladen von **Barbara Fluckinger**

Die Anrainer verwundert es sehr, warum nun dieses Schutzinteresse wegen einer Betriebserweiterung nur mehr "zweitrangig" sei. Das Wasserschutzgebiet dient dabei der Wasserversorgung der Nachbargemeinde Brixlegg. Die Anrainer befürchten bei einer Nutzung für die Gärtnerei eine Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung und sprechen von Risiken für das Trinkwasser durch den möglichen Einsatz von Dünge- und Pflanzenmitteln.

Anrainer: Lkw-Anlieferung als Problem

Ein zweiter Faktor, der für die Anrainer von hoher Bedeutung ist, ist das Thema Verkehr. "Die Zufahrtsstraße war nur als Wohnstraße für die anliegenden Bewohner konzipiert", erklärt Anrainer Werner Summerer. Diese Zufahrtsstraße wird auch schon heute als Zubringerstraße für die Gärtnerei verwendet. Lkw müssen sich über die Straße für eine Anlieferung zur Gärtnerei um zwei Kurven schlängeln. Das habe bereits in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen geführt, betonen die Anrainer. Sie befürchten, dass mit dem Projekt der Gärtnerei nun auch ein Umkehrplatz für Lkw mitten im Wasserschutzgebiet entstehen soll.

Kindergarten unter Strom

Die Kinder im Kindergarten Hermann Gmeiner in Imst wissen, woher der Strom kommt. Ein ganzes Jahr basteln, spielen und forschen die jungen Energie-Wichtel.

Imst – Sie waren ganz schön aufgeregt – aber im wahrsten Sinne des Wortes energiege-laden, die Kinder vom Inte-grationskindergarten Her-mann Gmeiner am Gelände des SOS-Kinderdorfs in Imst. Erst gab es am „Dorfplatz“ ein Lied darüber, warum sie „den Erdball“ so gern haben, dann ein kleines Theater-stück und letztlich noch eine Aufgabe für den angereisten Energie-Referenten und Lan-deshauptmannstellvertreter Josef Geisler, den Imster Vi-zebürgermeister Marco See-los und den Imster e5-Beauf-tragten Herbert Hafele.

Sonne, Wasser, Wind und Holz, das sind die vier Ener-gie-Wichtel, mit denen sich die Kinder ein ganzes Jahr be-

„Für uns stehen ein spielerischer Um-gang und vor allem der Spaß und die Freude im Vordergrund.“

Dagmar Neurauter
(Kindergarten-Leiterin)

schäftigen. „Für uns stehen bei der Arbeit mit den Kindern neben der Wissensvermittlung ein spielerischer Um-gang und vor allem der Spaß und die Freude im Vorder-grund“, erklärt Dagmar Neurauter, die Leiterin des Imster Kindergartens. „Daher haben wir mit den Kindern unter anderem eine spielzeugfreie Zeit mit ausschließlich Spiel-sachen aus Upcycling-Mate-rialien ausprobiert.“



Wie kommt der Strom ins Haus von „Erna“? Dafür brauchte es ein Team der Kinder.

Foto: Paschinger

Am Donnerstag wurde den Gästen außerdem ein Theaterstück über Erna und Walter vorgestellt. Walter besucht seine Freundin Erna. Die hat in ihrem Haus so weit alles, was sie braucht.

Aber: Walter erkennt, dass ihr praktische Dinge wie eine Waschmaschine, Föhn oder Kühlschrank fehlen. In weiterer Folge wird den Zu-sehern erklärt, wie diese auch zum Laufen gebracht werden

– und zwar mit Energie von außen. Letztlich landen die Kinder bei der Einsicht, dass der Strom nicht nur aus der Steckdose kommt, sondern dafür auch Sonne, Wasser und Wind notwendig sind.

„Wir haben in diesem Jahr auch einen Stromfrei-Don-nerstag“, erklärt Leiterin Dag-mar Neurauter. Da wird auf Strom so weit wie möglich verzichtet. Für die Kindergar-tenpädagoginnen heißt es an diesem Donnerstag, „dass wir auf unseren Kaffee verzichten müssen“, lacht Neurauter.

Projekt der Energie Tirol

Seit 2016 gibt es die Energie-Wichtel in Tirols Kindergär-ten, die von der Energie Tirol begleitet werden. Aktuell sind elf Kindergärten dabei. Im Netzwerk befinden sich 86 Kindergärten, „bislang haben wir an die 3500 Kinder damit erreicht“, sagt Projektleiterin Ulrike Umshaus.

„Die Kinder von heute sind die Verbraucherinnen und Verbraucher von mor-gen – und die Zeit bis 2050 ist begrenzt“, spielt Ener-gie-Landesrat Geisler auf die Strategie des Landes an. „Deshalb braucht es Men-schen, die den Kindern mit-geben, wie wertvoll Energie ist, wie wir verantwortungs-voll damit umgehen, und genau das passiert hier.“

Und so hatten die Kinder auch für die Besucher ein Spiel parat: Nämlich wie man einen Kühlschrank energie-effizient mit Produkten füllt. Die Kinder wussten es genau. Bei den Gästen ergab sich manchmal ein großes Fra-gezeichen, wo die Milch, die Butter oder der Topf mit einer bereits gekochten Mahlzeit hingehörten. (pascal)



Vorsteher Peter Schmid übergab an Sabine Harasser-Krainer. Foto: OLG

BG Schwaz mit neuer Vorsteherin

Schwaz – Nach 34-jähriger richterlicher Tätigkeit wurde Peter Schmid, seit 2007 als Vorsteher des Bezirks-gerichts Schwaz tätig, von Wigbert Zimmermann, dem Präsidenten des Oberlandes-gerichts, in den Ruhestand verabschiedet. Im Anschluss daran überreichte er Sabine Harasser-Krainer das Ernen-nungsdekret zur neuen Vor-steherin. Diese begann 2016 ihre Richterkarriere. Einst am Bezirks- und Landesgericht tätig, wird der neuen Vorste-herin auch hohe Sozialkom-petenz zugeschrieben. (fell)

FR. 12.00 - SO. 24.00 UHR
3 STUNDEN ZUM 1/2 PREIS PARKEN!

Bürger protestieren gegen Folientunnel

Die Gärtnerei Schießling in Reith will zwei Folientunnel verlegen. Die Anrainer fürchten um das Wasserschutzgebiet.

Von Michael Mader

Reith i. A. – Die Umwid-mung einer 3920 Quadrat-meter großen Wiese in Reith im Alpbachtal von Freiland in „Sonderfläche Kultur-schutzanlage für Gärtnerei-en und Nebenanlagen“ sorgt bei den Anrainern für helle Aufregung.

Ihre Einsprüche gegen den einstimmigen Gemein-de-ratsbeschluss wurden nur

teilweise gehört. Beim so- genannten Beharrungsbe-schluss im April stimmten nur noch neun der 15 Man-datäre für die Umwidmung.

Jetzt liegt der Bescheid zur Prüfung beim Land, wie Bür-germeister Thomas Gschö-ser mitteilt: „Wir konnten alle Fragen der Anrainer beant-worten.“ Die sehen das nicht so – und haben sich hilfesu-chend an die Liste Fritz und auch an das Land gewandt.

Geplant sind auf der anzu-pachtenden Wiese ein etwa 20 Meter und ein etwa 30 Me-ter langer Folientunnel mit einer Breite von jeweils 10 Metern und einer Höhe von bis zu acht Metern. „Die Hö- he ist aber noch nicht ganz fix“, erklärt Gärtnereibesitzer Michael Schießling.

Der Verkehr bzw. die Ver-kehrssicherheit sowie das dortige Wasserschutzgebiet führt Anrainersprecher Bern-

hard Jochum als Hauptargu-mente gegen die Übersied-lung der Folientunnel an, die derzeit direkt neben der Gärtnerei platziert sind.

„Das Land Tirol hat einen Teil der Fläche nicht grundlos als Wasserschutzgebiet verordnet. Die Bebauung stellt ein unnötiges Risiko für die Trinkwasserversorgung dar und ist aus unserer Sicht unverantwortlich“, macht sich Jochum große Sorgen. So gebe es ja auch für die An-rainer strenge Auflagen: zum Beispiel ein Verbot, Autos zu waschen, oder die Vorschrift, das Regenwasser in den Kan-al abzuleiten.

„Wir machen alles biologisch, verwenden also keine Pflanzenschutzmittel. Au-ßerdem gibt es eine Wanne, die das Gießwasser auffängt und wieder in den Kreislauf zurückführt“, hält Schießling dagegen.

„Die Annahme, technische Vorkehrungen würden alle Risiken ausschließen, ist ein Trugschluss. Wir sprechen hier nicht von bösem Willen, sondern von realen Risiken durch menschliches



Foto: Michael Mader

„Das Land Tirol hat einen Teil der Fläche nicht grundlos als Wasserschutzgebiet verordnet.“

Bernhard Jochum
(Anrainer)

oder technisches Versagen. Der sicherste Schutz ist, solche Gebiete gar nicht erst zu bebauen“, sind die Anrainer überzeugt.

Auch die Verkehrssituation bereitet den Bürgern große Sorgen. Die Zufahrt zur ge-planten Erweiterung erfolgt nämlich über eine schmale Gemeindestraße. „Die Rea-lität zeigt, dass private und gewerbliche Kunden mit Pkw und teils mit großen Lkw bereits jetzt diese Straße nut-

zen. Mit noch mehr Verkehr steigt das Sicherheitsrisiko für Fußgänger, Radfahrer, Kinder und ältere Personen“, betonen Bernhard Jochum und Werner Summerer.

Für Schießling, der ehest-möglich mit dem Bau be-ginnen möchte, ist das nicht nachvollziehbar: „Da kommt nur ein Lkw, der Erde anlie-fert. Der Abtransport erfolgt nicht mit einem Lkw“, verspricht er. Der im Plan im Feld eingezeichnete Umkehr-platz sei ihm vorgeschrieben worden. Am alten Platz der Folientunnel möchte Schießling ein Büro, einen Gemein-schaftsraum und möglicher-weise auch ein Haus bauen.

„Die Raumordnung soll Nutzungskonflikte verhin-dern und nicht neue schaffen. Der Ausbau passt hier nicht hin, dafür gibt es kein öffent-liches Interesse. Drei Mitar-beiter und ein paar tausend Euro Kommunalsteuer mehr wiegen die vielen Nachteile und Belastungen für die An-rainer nicht auf“, warnen Lis-te-Fritz-Klubobmann Markus Sint und Landtagsabgeordn-ete Gabi Madersbacher.



Gärtnerei-Besitzer Michael Schießling in einem der zwei derzeitigen Folientunnel.

Foto: Michael Mader

Die Abschlagszahlung von Schultz an die Osttiroler Investment GmbH bleibt geheim

Der gerichtliche Vergleich ist rechtskräftig. Ob die Liftdynastie Schultz einen Millionenbetrag zurückzahlt, oder nur einen Bruchteil davon, hält man unter Verschluss.

ANHÖREN

IN KÜRZE



© Brunner Images | Philipp Brunner

Der Streit um die Rückzahlung von Mautgeldern der Osttiroler Investment GmbH durch die Schultz-Gruppe endete mit einem Vergleich

Die Schultz-Gruppe bestätigte am 14. April gegenüber der Kleinen Zeitung, „dass es einen gerichtlichen Vergleich gibt, der für beide Parteien Stillschweigen voraussetzt.“ Das Land Tirol, Gesellschafter der Osttiroler Investment GmbH (OIG), wollte zu dem Zeitpunkt überhaupt keine Auskunft geben. Politischer Referent ist Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP). Das Land verwies stattdessen an Noch-Felbertauern-Vorstand und OIG-Geschäftsführer Karl Poppeller. Der bestätigt nun, einen Monat später, den endgültigen Abschluss des Verfahrens: „Das ist erledigt.“

AUSTRIA'S
LEADING
COMPANIES



Gehören Sie zu den
Besten im Land?

Dann zeigen Sie es und machen Sie mit.

Mitbestimmen

Opposition im Tiroler Landtag will die Bekanntgabe der Summe erzwingen

Mit der Geheimhaltung dürfte sich Markus Sint, Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag, nicht zufrieden geben. Sint hatte gegenüber der Kleinen Zeitung bereits angekündigt, eine Anfrage nach dem Tiroler Auskunftspflichtgesetz zu starten. „Ich war schon einmal gegen die Tiroler Landesregierung erfolgreich und bin mit einem Aufklärungsanliegen bis vor das Landesverwaltungsgericht gezogen.“ Nützt das nichts, will der Klubobmann eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofes einleiten. Sint schießt scharf: „Wenn die schwarz-rote Landesregierung, die Osttiroler Investment Gesellschaft und der Schultz-Konzern meinen, dass sie die Abschlagszahlung untereinander ausschnapsen und geheim halten können, dann haben sie sich geschnitten.“



Markus Sint (Klubobmann Liste Fritz) will die Höhe der Abschlagszahlung öffentlich machen
© André Schmidt

Der Liste-Fritz-Landtagsabgeordnete und Klubobmann besteht auf der Zahlung der vollen 5,7 Millionen Euro, die ein Bewertungsgutachten ausgewiesen hat. Sint: „Diese Summe, und nicht einen Euro weniger, hat die OIG zu bekommen. Das Geld der Gesellschaft muss gemäß den Vorgaben ausnahmslos neuen Tourismusprojekten in Osttirol zufließen. Eine Ermäßigung wäre zum Schaden für die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk.“

OIG-Geschäftsführer Karl Poppeller schweigt zur Abschlagszahlung

Beide Streitparteien, die Osttiroler Investment GmbH und die Skigebietsbetreiber aus dem Zillertal, haben also, nach dreijähriger Auseinandersetzung vor Gericht, die Einigung unterzeichnet. Die Höhe jener Abschlagszahlung, zu der sich das Familienunternehmen Schultz verpflichtet haben dürfte, soll tatsächlich nicht öffentlich bekannt werden. Poppeller: „Ich werde dazu jedenfalls nichts sagen. Ich bin den Beteiligten im Wort.“ Dass die Summe nicht doch irgendwann bekannt wird, will Poppeller nicht kategorisch ausschließen. „Aber von mir kommt dazu nichts.“



Einnahmen der Felbertauernstraße AG fließen auch in die Osttiroler Investment GmbH
© Christoph Blassnig

Kurz nach der Bekanntgabe des gerichtlichen Vergleichs war Poppeller im April im Beteiligungs-Unterausschuss des Tiroler Landtages geladen. Zu diesem Zeitpunkt soll der OIG-Geschäftsführer noch gesagt haben, dass ihm eine richterlich auferlegte Verpflichtung zur Verschwiegenheit nicht bekannt sei. Ob das geklagte Unternehmen die geforderten 5,7 Millionen Euro bezahlt, oder für sich einen Rabatt in unbekannter Höhe erzielt hat, behielt er dennoch für sich. Die Öffentlichkeit ist seit Jahren auf Mutmaßungen angewiesen.

Ursprünglich investierte die Osttiroler Investment GmbH sechs Millionen Euro

Im Verfahren ging es um eine OIG-Beteiligung in Höhe von sechs Millionen Euro an den Kaiser Bergbahnen der Schultz-Gruppe in Osttirol. Die OIG beteiligte sich im Jahr 2008 direkt an dem Unternehmen und erhielt dafür Anteile im Ausmaß von 25,1 Prozent. Zehn Jahre später stieß die OIG ihre Anteile wieder ab. Doch die Schultz-Gruppe verweigerte die Zahlung eines Abtretungspreises und erstattete lediglich 34.055 Euro, einen Euro pro Anteil. Kritiker äußerten den Verdacht auf versteckte Förderung. Mitte des Jahres 2022 klagte die Osttirol Investment GmbH ihren ehemaligen Geschäftspartner. Je nach der Höhe der Abschlagszahlung könnte die HS.-Beteiligungen GmbH des Zillertaler Schultz-Imperiums unterm Strich immer noch ein gutes Geschäft gemacht haben, trotz aller entstandenen Kosten für das Gerichtsverfahren.

Bürger protestieren gegen Folientunnel

Die Gärtnerei Schießling in Reith will zwei Folientunnel verlegen. Die Anrainer fürchten um das Wasserschutzgebiet.

Von Michael Mader

Reith i. A. – Die Umwidmung einer 3920 Quadratmeter großen Wiese in Reith im Alpbachtal von Freiland in „Sonderfläche Kulturschutzanlage für Gärtnereien und Nebenanlagen“ sorgt bei den Anrainern für helle Aufregung.

Ihre Einsprüche gegen den einstimmigen Gemeinderatsbeschluss wurden nur

teilweise gehört. Beim sogenannten Beharrungsbeschluss im April stimmten nur noch neun der 15 Mandatäre für die Umwidmung.

Jetzt liegt der Bescheid zur Prüfung beim Land, wie Bürgermeister Thomas Gschösser mitteilt: „Wir konnten alle Fragen der Anrainer beantworten.“ Die sehen das nicht so – und haben sich hilfesuchend an die Liste Fritz und auch an das Land gewandt.

Geplant sind auf der anzupachtenden Wiese ein etwa 20 Meter und ein etwa 30 Meter langer Folientunnel mit einer Breite von jeweils 10 Metern und einer Höhe von bis zu acht Metern. „Die Höhe ist aber noch nicht ganz fix“, erklärt Gärtnereibesitzer Michael Schießling.

Der Verkehr bzw. die Verkehrssicherheit sowie das dortige Wasserschutzgebiet führt Anrainersprecher Bern-

hard Jochum als Hauptargumente gegen die Übersiedlung der Folientunnel an, die derzeit direkt neben der Gärtnerei platziert sind.

„Das Land Tirol hat einen Teil der Fläche nicht grundlos als Wasserschutzgebiet verordnet. Die Bebauung stellt ein unnötiges Risiko für die Trinkwasserversorgung dar und ist aus unserer Sicht unverantwortlich“, macht sich Jochum große Sorgen. So gebe es ja auch für die Anrainer strenge Auflagen: zum Beispiel ein Verbot, Autos zu waschen, oder die Vorschrift, das Regenwasser in den Kanal abzuleiten.

„Wir machen alles biologisch, verwenden also keine Pflanzenschutzmittel. Außerdem gibt es eine Wanne, die das Gießwasser auffängt und wieder in den Kreislauf zurückführt“, hält Schießling dagegen.

„Die Annahme, technische Vorkehrungen würden alle Risiken ausschließen, ist ein Trugschluss. Wir sprechen hier nicht von bösem Willen, sondern von realen Risiken durch menschliches



Foto: Michael Mader

„Das Land Tirol hat einen Teil der Fläche nicht grundlos als Wasserschutzgebiet verordnet.“

Bernhard Jochum
(Anrainer)

oder technisches Versagen. Der sicherste Schutz ist, solche Gebiete gar nicht erst zu bebauen“, sind die Anrainer überzeugt.

Auch die Verkehrssituation bereitet den Bürgern große Sorgen. Die Zufahrt zur geplanten Erweiterung erfolgt nämlich über eine schmale Gemeindestraße. „Die Realität zeigt, dass private und gewerbliche Kunden mit Pkw und teils mit großen Lkw bereits jetzt diese Straße nut-

zen. Mit noch mehr Verkehr steigt das Sicherheitsrisiko für Fußgänger, Radfahrer, Kinder und ältere Personen“, betonen Bernhard Jochum und Werner Summerer.

Für Schießling, der ehestmöglich mit dem Bau beginnen möchte, ist das nicht nachvollziehbar: „Da kommt nur ein Lkw, der Erde anliefern. Der Abtransport erfolgt nicht mit einem Lkw“, verspricht er. Der im Plan im Feld eingezeichnete Umkehrplatz sei ihm vorgeschrieben worden. Am alten Platz der Folientunnel möchte Schießling ein Büro, einen Gemeinschaftsraum und möglicherweise auch ein Haus bauen.

„Die Raumordnung soll Nutzungskonflikte verhindern und nicht neue schaffen. Der Ausbau passt hier nicht hin, dafür gibt es kein öffentliches Interesse. Drei Mitarbeiter und ein paar tausend Euro Kommunalsteuer mehr wiegen die vielen Nachteile und Belastungen für die Anrainer nicht auf“, warnen Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint und Landtagsabgeordnete Gabi Madersbacher.



Gärtnerei-Besitzer Michael Schießling in einem der zwei derzeitigen Folientunnel.

Foto: Michael Mader



Über den Wolken sollte die Freiheit nicht grenzenlos sein, fordern Kritiker von touristischen Helikopterflügen. Foto: iStock/AscenXmedia

Liste Fritz fordert Restriktionen für kommerzielle Heli-Flüge

„Bespaffungsflüge“ und touristische Taxiflüge werden kritisch gesehen und sollten genehmigungspflichtig sein.

Politik Redaktion 14.05.2025

Ein [Dolomitenstadt-Beitrag](#) über bereits durchgeführte und noch geplante Hubschrauber-Rundflüge über dem Lienzer Becken löste nicht nur medial sondern nun auch politisch Reaktionen aus. Die Liste Fritz übt Kritik an der aktuellen Situation und fordert eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

„Der Flugplatz Lienz-Nikolsdorf entwickelt sich zum Stützpunkt für Hubschrauberflüge zur Bespaffung einiger auf Kosten aller“, kritisieren Klubobmann Markus Sint und der Bezirkssprecher der Liste Fritz, Anton Raggl. Nachdem die Firma Helifly bereits Anfang Mai mit Rundflügen gestartet war, plant Ende Mai auch das niederösterreichische Unternehmen Hubify kommerzielle Schnupperflüge von Nikolsdorf aus, und zwar zwei Tage lang rund um die Uhr.



Geht es nach Markus Sint, dann sollten „Bespassungsflüge“ und touristische Taxiflüge mit Hubschraubern zwar möglich, aber immer auch im Einzelfall genehmigungspflichtig sein. Die Tiroler Landesregierung lehnt das ab. Foto: Liste Fritz

Schon nach den ersten kommerziellen Flügen gingen bei den Behörden Beschwerden ein. Lärmbelästigung und eine massive Beeinträchtigung der Lebensqualität stehen im Raum. Die Bezirkshauptmannschaft hat daraufhin Prüfungen zur Einhaltung des Luftfahrtgesetzes, des Tiroler Naturschutzgesetzes sowie der Gewerbeordnung eingeleitet.

„Warum prüft die Bezirkshauptmannschaft erst jetzt, nachdem sich Bürger aufregen und Medien berichten? Anstatt rechtzeitig vorab zu prüfen, hat man die Unternehmen erst einmal machen lassen. So ist das Geschäftsmodell der Hubschrauberfirmen zur Belastung für die Menschen geworden“, fragen sich Sint und Raggl. „Lärm macht krank. Das ist längst bewiesen. Es kann doch nicht sein, dass man die Menschen im Lienzer Talboden diesem Fluglärm aussetzt, ohne zuvor die möglichen Auswirkungen zu prüfen.“

„Das Klimaministerium bestätigt unsere Linie. Eine Änderung des Tiroler Naturschutzgesetzes wird dort positiv gesehen. Auch aus luftfahrtrechtlicher Sicht würden keine grundsätzlichen Einwände bestehen.“

Markus Sint, Liste Fritz

Markus Sint verweist auf die generelle Situation in Tirol: „Die Liste Fritz setzt sich seit Jahren für mehr Lärmschutz und für eine Gesetzesänderung ein. Demnach sollen solche Bespassungsflüge und touristische Taxiflüge mit Hubschraubern genehmigungspflichtig sein. Damit bleiben sie grundsätzlich zwar möglich, müssen aber jedes Mal genehmigt werden. Ein absolutes Verbot ist laut Verfassungsdienst des Landes nicht möglich. Unser Einsatz für Lärm- und Gesundheitsschutz der Bürger ist zuerst an ÖVP und Grünen, zuletzt an ÖVP und SPÖ gescheitert“, erklärt der Fritz-Klubobmann, der in einer Bewilligungspflicht für solche Hubschrauberflüge eine praktikable Lösung sieht.

„Das Klimaministerium in Wien bestätigt unsere Linie. Eine Änderung des Tiroler Naturschutzgesetzes wird dort positiv gesehen. Auch aus luftfahrtrechtlicher Sicht würden keine grundsätzlichen Einwände bestehen. Die von der schwarz-roten Landesregierung immer wieder behauptete Kompetenzüberschreitung oder sogar Verfassungswidrigkeit ist bloße Ausrede“, so Sint. „Das Bundesministerium gibt grünes Licht, die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ lehnen die Liste Fritz-Lösung für mehr Lärmschutz und für eine Bewilligungspflicht trotzdem ab und lassen damit tausende lärmgeplagte Bürgerinnen und Bürger im Stich.“

Wachsender Widerstand gegen kommerzielle Hubschrauberflüge

Liste Fritz wettet gegen touristische Hubschrauberflüge am Flugplatz Lienz und fordert eine „Bewilligungspflicht für derartige Bespaßungsflüge“.

ANHÖREN

IN KÜRZE



Einmal zum Rauchkofel und zurück führten die vergünstigten Rundflüge des Unternehmens Helifly

Wer am vorvergangenen Samstag in den Lienzer Dolomiten oder am Tristacher See unterwegs war, hörte und sah sie im Minutentakt über sich hinwegknattern: drei Hubschrauber des [Helikopterservice Helifly](#) mit Hauptsitz in Gmunden in Oberösterreich, das an diesem Tag zu „Schnupperflügen“ ab dem [Flugplatz Lienz/Nikolsdorf](#) einlud. Zur Eröffnung lockte Helifly mit vergünstigten Preisen: In zehn Minuten gingen die Hubschrauberflüge südlich am Rauchkofel vorbei und über den Talboden zurück, um 75 Euro pro Sitzplatz. „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, freuten sich die Helifly-Verantwortlichen gegenüber der Kleinen Zeitung über das offensichtliche Interesse. Ein Helikopter, eine Bell 206, soll am Flugplatz Lienz dauerhaft stationiert bleiben.

30 Jahre Rubbellos
Die Österreichischen Lotterien feiern ein „Rubbläum“
🎉 EIN SPIEL MIT 100.000 GEWINNCHANCEN LOTTERIEN

ANZEIGE

Beschwerden bei der BH Lienz häuften sich

Doch die Freude war nicht bei allen groß: Bei der Bezirkshauptmannschaft (BH) Lienz gingen diverse Beschwerden über den Fluglärm ein, der auch im Lienz Becken noch zu hören war. Auch die Kleine Zeitung berichtete über den Unmut, zumal sich inzwischen eine zweite Firma anschickt, den Flugplatz Lienz anzufliegen. Am Freitag, dem 30. Mai, und am Samstag, dem 31. Mai, will das niederösterreichische Unternehmen Hubifly zu „Rund- und Schnupperflügen“ abheben. Ein „Eventflug Lienz“ soll, je nach Flugdauer und Maschine, zwischen 75 Euro und 480 Euro pro Person kosten.

” Warum prüft die Bezirkshauptmannschaft erst jetzt, nachdem sich Bürger aufregen und Medien berichten?

Markus Sint und Anton Raggl, Liste Fritz

Die Bezirkshauptmannschaft hat daraufhin Prüfungen zur Einhaltung des Luftfahrtgesetzes, des Tiroler Naturschutzgesetzes sowie der Gewerbeordnung eingeleitet. Das ruft nun erste Reaktionen der Politik hervor. Liste Fritz-Bezirkssprecher Anton Raggl und Klubobmann Markus Sint fragen: „Warum prüft die Bezirkshauptmannschaft erst jetzt, nachdem sich Bürger aufregen und Medien berichten? Anstatt rechtzeitig vorab zu prüfen, hat man die Unternehmen erst einmal machen lassen.“

Liste Fritz wehrt sich gegen den Fluglärm

„Lärm macht krank. Das ist längst bewiesen. Es kann doch nicht sein, dass man die Menschen im Lienz Talboden diesem Fluglärm aussetzt, ohne zuvor die möglichen Auswirkungen zu prüfen“, so Raggl und Sint im Einklang. Obmann Sint erklärt weiter: „Die Liste Fritz setzt sich seit Jahren für mehr Lärmschutz und für eine Gesetzesänderung ein. Demnach sollen solche Bespaßungsflüge und touristische Taxiflüge mit Hubschraubern genehmigungspflichtig werden. Damit bleiben sie grundsätzlich zwar möglich, müssen aber jedes Mal genehmigt werden. Ein absolutes Verbot ist laut Verfassungsdienst des Landes nicht möglich. Unser Einsatz für Lärm- und Gesundheitsschutz der Bürger ist zuerst an ÖVP und Grünen, zuletzt an ÖVP und SPÖ gescheitert.“



Liste-Fritz-Obmann Markus Sint fordert eine Gesetzesänderung © Liste Fritz / Andreas Friedle

„Das Klimaministerium in Wien bestätigt unsere Linie. Eine Änderung des Tiroler Naturschutzgesetzes wird dort positiv gesehen. Auch aus luftfahrtrechtlicher Sicht würden keine grundsätzlichen Einwände bestehen. Die von der schwarz-roten Landesregierung immer wieder behauptete Kompetenzüberschreitung oder sogar Verfassungswidrigkeit ist bloße Ausrede“, so Sint. „Das Bundesministerium gibt grünes Licht, die Regierungsparteien lehnen die Liste Fritz-Lösung für mehr Lärmschutz und für eine Bewilligungspflicht trotzdem ab und lassen damit tausende lärmgeplagte Bürgerinnen und Bürger im Stich.“

Politische Nachwehen einer Absage

Die Liste Fritz fordert LH Mattle und BM Anzengruber auf zu prüfen, wie Ex-Tanzdirektor Gasa Valga das Landestheater für Auftritte nutzen könnte.

Von Markus Schramek

Innsbruck – Der Vorschlag kam möglicherweise etwas überraschend. Die Absage folgte jedenfalls auf dem Fuß. Enrique Gasa Valga, vormaliger Tanzchef und Publikumsliebbling am Tiroler Landestheater (TLT), will eben dorthin zurück: ins Große Haus des TLT, wo er vor seinem unfreiwilligen Abschied 20 Jahre lang gearbeitet hatte. Gasa Valga schlägt vor,

„Für persönliche Befindlichkeiten oder Beleidigungen aus der Vergangenheit ist da kein Platz.“

Markus Sint (Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag)

mit seiner privat geführten „Limonada Dance Company“ freie Termine im Großen Haus zu nützen – gegen Bezahlung einer Miete oder unter Beteiligung des TLT an den Ticketeinnahmen.

Von der TT zu diesem Ansinnen befragt, gibt sich die Theaterleitung reserviert. Das Große Haus sei aufgrund eigener Erfordernisse – Auführungen, Proben, Revision – „quasi ausdisponiert“, teilen Intendantin Irene Gärkin-

ger und Co-Geschäftsführer Markus Lutz schriftlich mit. Fremdvermietungen seien in der Praxis sehr schwierig und kaum möglich.

Markus Sint, der Klubobmann der Liste Fritz im Tiroler Landtag, will dies aber nicht einfach so stehen lassen. Er nimmt die Eigentümervertreter in die Pflicht: LH Anton Mattle (ÖVP) für das Land und Bürgermeister Johannes Anzengruber (Liste JA) für die Stadt Innsbruck. Beide sind für die Finanzierung des TLT politisch verantwortlich. In Zeiten knapper Kassen sei jede Zusatzeinnahme im Landestheater willkommen, erklärt Sint in Reaktion auf den Vorschlag Gasa Valgas.

Sint fordert Mattle und Anzengruber auf, von der Theaterleitung „seriös und unvoreingenommen“ prüfen zu lassen, „wie Gasa Valga im Großen Haus auftreten kann“. Sint wörtlich weiter: „Das Landestheater soll Künstlern in Tirol offenstehen, ihnen Auftritte ermöglichen und so selbst neue Besucher gewinnen. Für persönliche Befindlichkeiten oder Beleidigungen aus der Vergangenheit ist da kein Platz.“ Er spielt damit auf den Wirbel an, der folgte, als Gasa Valga am Landestheater abgelöst wurde.

Mehr Kontrolle

Innsbruck hat ein massives Drogenproblem, das hat der jüngste Polizeieinsatz wieder gezeigt. Auch im Landtag kam das Thema zur Sprache.

Drogenring in Innsbruck gesprengt, 19 Personen festgenommen, 35 Kilo Koks beschlagnahmt! So lauteten die Schlagzeilen am 18. September 2024. „Polizei gelingt massiver Schlag gegen die Drogenszene“, hieß es dann vor vier Tagen. Die Tiroler Polizei dokumentierte in Summe 800 Kokain-Übergaben an 200 verschiedene Abnehmer binnen zwei Wochen. Sieben Drogendealer wurden festgenommen, große Mengen Kokain und Bargeld sichergestellt.

Die (bemitleidenswerten) Opfer derartiger Machenschaften schlagen ebenfalls in Innsbruck auf, und zwar im „Nikado“ in

der Matthias-Schmid-Straße. Dort unterhält die Tiroler Soziale Dienste GmbH (TSD) ein „niederschwelliges Kontakt- und Anlaufzentrum für Menschen mit Suchterkrankungen“. Dieses verfügt über Kapazitäten für insgesamt 50 Personen und bietet Schutz- und Aufenthaltsräume. Dealen und Konsum sind verboten. Einzige Kriterien für den Eintritt sind „Akzeptanz gegenüber anderen und Rücksicht auf die Nachbarschaft“.

Berichte alarmierten alle Oppositionsparteien

Doch damit scheint es nicht allzu weit her zu sein. In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag for-

bei Innsbrucker Drogen-Hotspot

Foto: Christof Erlbaum



Im „Nikado“ herrscht reges Kommen und Gehen. Die Suchtkranken finden hier einen Zufluchtsort, an dem sie von Sozialarbeitern betreut werden.

dernten jüngst alle vier Oppositionsparteien im Landtag – FPÖ, Grüne, Neos und Liste Fritz – die Einberufung eines Runden Tisches mit allen Entscheidungsträgern auf Stadt- und Landesebene. Grund waren dramatische Berichte über „Geschrei, Polizeieinsätze,

Schlägereien und Personen im Drogenrausch“, die für Unruhe unter Nachbarn, Bildungseinrichtungen und Unternehmen sorgten.

Speziell in der warmen Jahreszeit hielten sich Klienten des „Nikado“ nicht nur im Lokal selbst auf, sondern auch im umliegenden

Gebiet: „Dies führt dazu, dass die Kinder, welche im Umkreis der Einrichtung betreut werden bzw. zur Schule gehen, tägliche Notiz von den dortigen Verhältnissen nehmen.“ Potenzielle Kundschaft wolle sich nicht mehr dort aufhalten. „Infolgedessen haben dortige Unterneh-

men in der Vergangenheit bereits wirtschaftliche Schäden erlitten“, heißt es in der Antragsbegründung.

Die TSD reagierte mit vermehrter Präsenz von Sicherheitskräften sowie verstärkter Vernetzung mit Polizei und Überwachungsgruppe MÜG. Philipp Neuner

Foto: Christof Erlbaum

Sint fordert einen Sonderlandtag

Als Intensivpatienten bezeichnet NEOS-Klubobfrau **Birgit Obermüller** das Tiroler Gesundheitssystem. „Bei den Kassenärzten ist kein Fortschritt erkennbar: Nach wie vor sind zu wenige bereit, eine Praxis zu übernehmen – weil das Modell wirtschaftlich unattraktiv bleibt und gerade junge Ärzte zu wenig verdienen.“ Weil die Bevölkerung immer älter wird, steige der Bedarf an Pflegekräften und ärztlicher Versorgung noch weiter an. „Auch wenn das Budget angespannt ist, müssen die Mittel für die Lösung dieser Probleme bereitgestellt werden. Es gibt viele andere Bereiche, wo eingespart werden könnte“, betont Obermüller.

Wie FPÖ-Chef **Markus Abwerzger** fordert auch der Klubobmann der Liste Fritz **Markus Sint** einen neuerlichen Beschluss des Landtages über die Verleihung des Ehrenrings an Alt-Landeshauptmann **Günther Platter** (VP). „Die Regierungsvorlage zum Gesetzesbeschluss, mit dem der



Für Markus Sint ist neuer Beschluss unumgänglich. Foto: Daniel Liebl

Ring des Landes verliehen werden sollte, war falsch formuliert. Dementsprechend ist auch die Entschließung des Landtages falsch, das beschlossene Gesetz somit nicht korrekt.“ Der Landtag sei der Gesetzgeber und könne sich nicht von der Regierung (Verwaltung) und ihren weisungsgebundenen Einrichtungen Beschlüsse vorschreiben lassen, kritisiert Sint. Das widerspreche dem Prinzip der Gewaltenteilung. „Auch dieser Fall zeigt, wie dringend notwendig ein eigener Verfassungsdienst des Landtages wäre.“

Zugleich fordert Sint die Einberufung eines Sonderlandtags zur notwendigen Korrektur des Gesetzesbeschlusses. (pn)

Was darf Wasser

Die Liste Fritz und eine Gemeinderätin stellen die Wasserabrechnung in Sankt Anton an den Pranger.

BEZIRK LANDECK. Wer in Tiro l lebt, zahlt nicht überall gleich viel fürs Wasser. Die Sankt Antoner Gemeinderätin Bettina Tschol und Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint kritisieren, dass beispielsweise in Sankt Anton eine Mindestabnahmemenge bezahlt werden muss, auch wenn sie weniger verbrauchen.

Nie kommuniziert

„Ich habe 22 Kubikmeter Wasser verbraucht, muss aber für 100 bezahlen – das ist unfair“, kritisiert Bettina Tschol. Dass es für soziale Härtefälle offenbar Unterstützung gäbe,

sei vielen nicht bekannt: „Das wurde nie kommuniziert – ich habe sogar einen Antrag gestellt und nie eine Antwort erhalten.“

Die Möglichkeit dieser Unterstützung wurde auf Anfrage von MeinBezirk Landeck von Seiten der Gemeinde Sankt Anton bestätigt. „Wenn sich jemand an die Gemeinde

wendet, hinsichtlich der sozialen Verträglichkeit, wird jeder Fall vertraulich eigens geprüft. Bis dato hat sich niemand gemeldet“, heißt es in der Stellungnahme.

Hohe Kosten

In St. Anton müssen Bürger jährlich 100 Kubikmeter bezahlen – unabhängig davon,

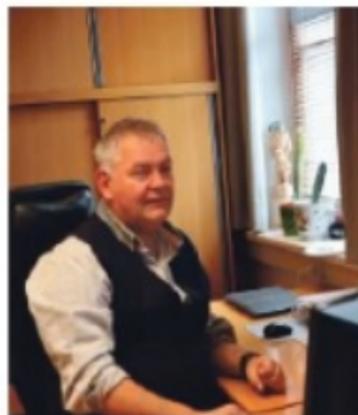


Markus Sint (Liste Fritz) und GR Bettina Tschol kritisieren die Abrechnungspraxis in Sankt Anton.

Foto: Leitner

wo kosten?

wie viel Wasser sie tatsächlich nutzen. Andere Gemeinden im Stanzertal kommen ohne solche Pauschalen aus. Er sei nicht grundsätzlich gegen Mindestabnahmemengen, aber sehr wohl gegen überzogene Beträge, meint Markus Sint. „30 bis 50 Kubikmeter – damit habe ich kein Problem. Aber 100 oder 120 sind unsozial und nicht verhältnismäßig.“ Die Liste Fritz sieht die Landesregierung in der Pflicht. Bereits 2023 wurde das Thema im Tiroler Landtag diskutiert. Landeshauptmann Mattle bestätigte, dass Mindestabnahmepauschalen erlaubt seien, jedoch verhältnismäßig bleiben müssen. Sint fordert jetzt eine konkrete Überprüfung in den Gemeinden – besonders in Tourismusregionen. Von Seiten der Gemeinde Sankt Anton heißt es:



Bgm. Helmut Mall sieht die Gebühren gerechtfertigt.

Foto: Seifos

„Die Gebührenordnung des Gemeinderates ist verordnungsgeprüft. Fakt ist die Instandhaltung und Errichtung der Kanal- und Wasserversorgung ist ein großer finanzieller Aufwand. Die Gebühr beruht auf durchschnittlichen Erfahrungswerten in Kombination diverser Parameter.“



Thomas Seifos:
Redaktionsleitung, redaktion:
landes@meinberikat.
Ministerium für Landeskultur

KOMMENTAR

Kommunikation wäre hier gefragt

Ob die Abrechnungspraxis der Gemeinde Sankt Anton gerechtfertigt ist oder nicht und ob andere Kommunen es besser oder schlechter machen soll und kann hier nicht beurteilt werden. Fakt ist, dass zum einen die Gemeinde sehr wohl Gründe vorweisen kann, die das System rechtfertigen. Gleichzeitig zeigt sich die Gemeindeführung gesprächsbereit, wenn es zu Härtefällen kommt. Fakt ist aber auch, dass die Gegner behaupten, nichts von dieser Gesprächsbereitschaft gewusst zu haben. Für den außenstehenden Berichterstatter entsteht der Eindruck, dass die Fakten und Angebote innerhalb der Gemeinde nicht wirklich an die Bürger gelangen. Ein Eindruck, der nicht nur in Sankt Anton entsteht. Oft sind die Gemeindeväter mit ihrer Tätigkeit und ihren Aufgaben derart eingespannt, dass sie vergessen, ihr Tun und ihre Projekte auch entsprechend an die „Frau oder den Mann“ zu bringen. Kommunikation ist in sehr vielen Lebensbereichen elementar und wird nicht zuletzt wegen des immer größeren Stellenwerts von Social Media leider zu gerne vernachlässigt.